



Infobrief

25 Jahre Friedliche Revolution in der DDR

Die Selbstbefreiung der Ostdeutschen von der Diktatur

Andreas Trampe

25 Jahre Friedliche Revolution in der DDR

Die Selbstbefreiung der Ostdeutschen von der Diktatur von der Diktatur

Verfasser: Dr. Andreas Trampe
Aktenzeichen: WD 1 – 3010 – 160/14
Abschluss der Arbeit: 4. November 2014
Fachbereich: WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Ermutigende Signale aus Osteuropa	4
3.	Wahlfälschung und Konstituierung der Opposition	6
4.	Massenflucht	8
5.	Montagsdemonstrationen. Die Macht der Straße	10
6.	Der Fall der Mauer	14
7.	Der Runde Tisch. Auf dem Weg zu freien Wahlen	16
8.	Die erste freie Volkskammerwahl: Entscheidung für die deutsche Einheit	19
9.	Literaturverzeichnis	23

1. Einleitung

„Wir waren auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete.“ Diesen Satz formulierte der Einsatzleiter des Staatssicherheitsdienstes in dem Film in dem Film „Nikolaikirche“ nach dem Roman von Erich Loest.¹ Ein fiktiver, gleichwohl verblüffender Satz, der das Wesensmerkmal des revolutionären Aufbruchs der Ostdeutschen im Herbst 1989 auf den Punkt bringt. Gewaltfrei brachten die Bürgerinnen und Bürger der DDR die SED-Diktatur zu Fall, drückten die Mauer ein und wählten ein demokratisch legitimierte Parlament, das den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes beschloss und damit den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands öffnete.

Mit der Friedlichen Revolution schrieben die Ostdeutschen ein herausragendes Kapitel der deutschen Freiheitsgeschichte, die nur wenige vergleichbare Daten aufzuweisen hat. Mit Blick auf frühere Erhebungen im kommunistischen Machtbereich mussten die DDR-Bürger auch 1989 davon ausgehen, dass jeder neue Versuch des Aufbegehrens und des kollektiven Widerstands gewaltsam niedergeschlagen wird – wie 1953 der Volksaufstand in der DDR, 1956 die Aufstände in Polen und Ungarn, 1968 der Prager Frühling. Dass die Volkskammer nach der gewaltsamen Niederschlagung des Demokratiebegehrens auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking sich mit der chinesischen Partei- und Staatsführung solidarisierte, bestärkte die vorhandenen Ängste und Sorgen.²

Dennoch ist es den Ostdeutschen gelungen, sich selbst von der SED-Diktatur zu befreien. Die Friedliche Revolution und die ersten demokratischen Wahlen in der DDR ermöglichten die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten am 3. Oktober 1990. Sie erfolgte im Einvernehmen mit den vier Siegermächten und allen Nachbarstaaten.

In dem vorliegenden Info-Brief wird die Geschichte der Selbstbefreiung der ostdeutschen Zivilgesellschaft im Rahmen einer Überblicksdarstellung nachgezeichnet. Im Mittelpunkt stehen die historischen Zäsuren, Entwicklungslinien und revolutionären Errungenschaften der Jahre 1989-1990.

2. Ermutigende Signale aus Osteuropa

Ende der 1980er Jahre befand sich die Stimmung in der DDR auf einem Tiefpunkt, der gesellschaftliche und geistige Stillstand im Vergleich mit anderen Ländern war allorts spürbar. Als Hoffnungsschimmer empfanden viele Ostdeutsche den 1986 verkündeten Erneuerungskurs des sowjetischen Partei- und Staatschefs Michael Gorbatschow. Mit seinem Reformprogramm unter den Leitbegriffen „Glasnost“ („Transparenz“) und „Perestroika“ („Umgestaltung“) reagierte er auf

1 Loest (1995), Nikolaikirche. Der zweiteilige Fernsehfilm unter der Regie von Frank Beyer wurde 1995 gedreht. Der Film beleuchtet die Ereignisse des revolutionären Herbstes in Leipzig im Umfeld der Nikolaikirche.

2 Am 8. Juni 1989 verabschiedete die Volkskammer einstimmig eine Solidaritätserklärung an die Partei- und Staatsführung der Volksrepublik Chinas, in der sie den Einsatz bewaffneter Kräfte gegen die angeblichen „Aus-schreitungen verfassungsfeindlicher Elemente“ begrüßte. DDR-Außenminister Oskar Fischer reiste wenig später nach China und versicherte seinem Amtskollegen, dass die DDR fest an der Seite der Kommunistischen Partei Chinas stehe. Siehe: Kowalczyk (2009), Endspiel, S. 338-340.

die Systemkrise im kommunistischen Herrschaftsbereich. Gorbatschow strebte eine Modernisierung des „real existierenden Sozialismus“ an, ohne das System selbst in Frage zu stellen. Dass überhaupt ein sowjetischer Parteivorsitzender erheblichen Reformbedarf im eigenen Machtbereich konstatierte, war für viele Ostdeutsche ein außerordentlicher und ermutigender Vorgang. Sie glaubten, dieses kritische Signal könne von der DDR-Führung nicht ignoriert werden. Doch sie sollten sich täuschen. Die SED-Spitze hatte erkannt, dass echte Reformen den repressiven Partei- und Staatsapparat unweigerlich schwächen würden. Daran hatte sie kein Interesse. Das Politbüro distanzierte sich von Gorbatschows Politik des „neuen Denkens“ und reaktivierte totalitäre Verhaltensmuster. Es erhöhte den ideologischen Druck und setzte gleich mehrere sowjetische Filme und eine Zeitschrift, in denen der Stalinismus aufgearbeitet wurde, auf den Index. Auf diese demonstrativ reformfeindliche Politik reagierten viele Ostdeutsche mit Wut und Empörung.³

Gorbatschows Öffnungspolitik beinhaltete weitreichende außenpolitische Komponenten. Sie strebte eine Neugestaltung des Verhältnisses der sozialistischen Länder untereinander an und verzichtete auf die „Breschnew-Doktrin“, die seit 1968 die eingeschränkte Souveränität und das beschränkte Selbstbestimmungsrecht der Warschauer-Pakt-Staaten festschrieb. Die Bruderparteien sollten künftig selbst über ihre politische Linie entscheiden und die innerstaatlichen Probleme souverän, also eigenverantwortlich lösen.⁴

Gorbatschows Politik ermutigte die Reformer in ganz Osteuropa, schließlich wurden militärische Interventionen wie 1953 (Volksaufstand in der DDR), 1956 (Ungarn) oder 1968 (Prager Frühling) immer unwahrscheinlicher. In Polen begann im April und Mai 1988 eine neue Streikwelle der Stahl- und Werftarbeiter. Im Februar 1989 führten die polnische Regierung sowie Vertreter des offiziellen Gewerkschaftsbundes und der noch immer verbotenen Gewerkschaft „Solidarność“ („Solidarität“) erste Verhandlungen am Runden Tisch, um die zugespitzte Situation zu entschärfen. Wichtigste Ergebnisse waren eine Verfassungsreform und die Wiedezulassung der Gewerkschaft „Solidarität“ im April 1989. Im Juni 1989 fanden in Polen die ersten Parlamentswahlen mit teilweise freier Kandidatenaufstellung statt.⁵

In Ungarn trat im Mai 1988 der langjährige Parteichef János Kádár zurück, der dieses Amt seit 1956 bekleidet hatte. Ebenfalls im Mai 1989 wurde Imre Nagy, der 1958 in einem Geheimprozess zum Tode verurteilt und hingerichtete Führer des ungarischen Volksaufstandes von 1956, rehabilitiert und feierlich neu bestattet. Im Juni 1989 tagte in Budapest erstmals ein Runder Tisch mit Vertretern der Regierung und Opposition, um über die Auflösung der Kommunistischen Partei, die Ausrufung der Republik und die Durchführung freier Wahlen zu verhandeln. Jedes noch so

3 Wolle (1998), Die heile Welt der Diktatur, S. 294f.

4 Kowalczyk (2009), Endspiel, S. 33f.

5 Siehe: Bingen (2009), Polen als Vorreiter des Umbruchs. Link: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutsch-polnische-beziehungen/39757/polen-als-vorreiter-des-umbruchs?p=1> (Stand: 5. November 2014).

kleine Anzeichen eines politischen Aufbruchs in der Sowjetunion, in Polen und Ungarn wurde von den allermeisten Ostdeutschen genau registriert – mit Sympathie und Hoffnung.⁶

3. Wahlfälschung und Konstituierung der Opposition

Die DDR steckte in den 1980er Jahren in einer tiefen ökonomischen und politischen Krise. Das Versagen der sozialistischen Planwirtschaft strahlte auf alle Lebensbereiche aus: In den Betrieben fehlten Materialien und Ersatzteile, die Innenstädte zerfielen, das spärliche Angebot an Konsumgütern aller Art konnte die Nachfrage nicht befriedigen. Während die SED-Führung unentwegt die Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems und der kommunistischen Ideologie propagierte, drohten der DDR Zahlungsunfähigkeit und wirtschaftlicher Zusammenbruch. Auf die gesellschaftliche Stagnation reagierten die Menschen mit wachsender Unzufriedenheit. Sie waren es überdrüssig, sich im Mangel einzurichten, bevormundet zu werden, nicht reisen zu dürfen. Von 1980 bis 1988 stieg die Zahl der Übersiedler, Flüchtlinge (über Drittländer und Grenzlagen) sowie der freigekauften politischen Häftlinge auf ein dreifaches – von rd. 13.000 auf rd. 40.000.⁷ Die Ende der 1980er Jahre deutlich anwachsende Ausreisewelle wurde von den Daheimgebliebenen als Abstimmung mit den Füßen wahrgenommen. Sie illustrierte auf besonders dramatische Weise den Legitimitätsverfall des politischen Systems.⁸

Die vor allem im Schutzraum der Kirchen angesiedelten Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen sahen sich durch die Reformanstrengungen in Moskau, Warschau und Budapest ermutigt. Über Aktionen innerhalb und außerhalb der Kirchen sowie über persönliche Kontakte zu westlichen Journalisten machten sie auf politische Fehlentwicklungen und Widersprüche in der DDR aufmerksam. Die Basisgruppen in den Kirchen leisteten politische Aufklärungsarbeit und beförderten alternatives Denken.⁹ Die „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ (IFM) strebte mit einem Aufruf vom 11. März 1989 eine landesweite Vernetzung der Gruppen sowie einen verbesserten Informationsaustausch an und forderte bessere Rechtsstrukturen und Garantien für die Einhaltung von Menschenrechten.¹⁰ Mehrere Initiativen diskutierten im Frühsommer über eine Optimierung der oppositionellen Arbeit sowie die Schaffung neuer Organisationsformen

6 Kowalczyk (2009), Endspiel, S. 335f. Zum Vergleich der Umbrüche in der DDR, in Polen, Ungarn, Rumänien und der Tschechoslowakei siehe auch: Gehler (2009), Die Umsturzbewegungen 1989 in Mittel- und Osteuropa, <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43728/die-umsturz-bewegungen-1989?p=all> (Stand: 5. November 2014).

7 Siehe: Ritter / Lapp (1997), Die Grenze. Ein deutsches Bauwerk, S. 167.

8 Zwischen 1949 und 1989 verließen ca. 3,8 Millionen Ostdeutsche die DDR, davon rund 2,7 Mio. zwischen 1949 und dem Mauerbau im August 1961. Siehe: Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (Hrsg.), „Republikflucht“, www.jugendopposition.de/index.php?id=4798 (Stand am 21. Oktober 2014).

9 Kowalczyk (2009), Endspiel, S. 354ff.

10 Initiative Frieden und Menschenrechte, Aufruf vom 18. März 1989. Link: <http://www.ddr89.de/ddr89/ifm/IFM22.html> (Stand: 20. Oktober 2014).

und -strukturen. Unabhängig voneinander wurde angeregt, „über Vorschläge für die künftige Installation eines ‚Runden Tisches‘ nach polnischem Vorbild nachzudenken“.¹¹

Die Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 machten einmal mehr die Herrschaftsmechanismen der SED-Diktatur kenntlich.¹² Obwohl Wahlen in der DDR keinerlei Einfluss auf die politischen Machtverhältnisse hatten, legte die Staatspartei dennoch größten Wert auf eine möglichst hohe Zustimmungsrates. Schon bei der Nominierung der Kandidaten für die Kommunalwahlen 1989 gab es eine Flut von Eingaben. Kirchliche Gruppen in Berlin und Dresden hatten versucht, eigene Kandidaten auf der Einheitsliste zu platzieren, was ihnen verwehrt blieb. In rund 50 Städten und Gemeinden überwachten Oppositionelle und Bürgerrechtler am Abend des 7. Mai 1989 in Hunderten von Wahllokalen die Auszählung¹³. Sie registrierten einen Anteil an Gegenstimmen im Bereich von 10 bis 20 Prozent, die Wahlbeteiligung betrug meist zwischen 60 bis 80 Prozent. Der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Egon Krenz, gab gegen Mitternacht das übliche „amtliche Wahlergebnis“ bekannt: 98,85 Prozent Zustimmung zur Einheitsliste, 98,77 Prozent Wahlbeteiligung.

Mit dem Nachweis des systematischen Wahlbetrugs erreichte die gärende politische Krise in der DDR eine neue Dimension. Auch Wählerinnen und Wähler, die dem System bis dahin loyal verbunden waren, fühlten sich hintergangen. Die SED verlor in der Bevölkerung weiter an Ansehen und Einfluss. Die Opposition nutzte dieses Schlüsselereignis, um sich zu formieren und besser zu vernetzen.¹⁴ Neue, landesweit agierende Bürgerrechtsgruppen und politische Vereinigungen traten nach und nach aus dem Schutzraum Kirche heraus, warben um Mitarbeit und forderten gesellschaftliche Reformen.

Am 28. August stellte Markus Meckel in Berlin den Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei (SDP) vor, der eine Kampfansage an die SED und ihren Herrschaftsanspruch bedeutete. Die Unterzeichner (Markus Meckel, Martin Gutzeit, Ibrahim Böhme und Arndt Noack) forderten „Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung, (...) parlamentarische Demokratie, (...) soziale Marktwirtschaft, (...) Freiheit der Gewerkschaften und Streikrecht“.¹⁵

Am 9./10. September 1989 bildete sich das Neue Forum. Zu den Erstunterzeichnern des öffentlichkeitswirksamen Gründungstextes „Die Zeit ist reif – Aufbruch 89“ zählten u.a. Bärbel Bohley,

11 Kowalczyk (2009), Endspiel, S. 356.

12 Siehe auch: Sator (2014), Die Kommunalwahlen in der DDR vom 7. Mai 1989, „Aktueller Begriff“ der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, Nr. 11/14 vom 5. Mai 2014.

13 Allein in den Ostberliner Stadtbezirken Prenzlauer Berg, Mitte, Friedrichshain registrierte die Staatssicherheit in 131 Wahllokalen verdächtige Personen, die die Auszählung überwachten und sich Aufzeichnungen machten. In Leipzig kontrollierten Mitglieder kirchlicher Gruppen die Stimmauszählung in 83 Wahllokalen, während Vertreter der nichtkirchlichen Perestroika-Gruppe „Dialog“ in 82 von 84 Wahllokalen anwesend waren. Vgl.: Lindner (2010), Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, S. 40.

14 Neubert (1999), Die Opposition im Jahre 1989 – ein Überblick, S. 429f.

15 Neubert (1997), Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 835. Der Gründungsakt der SDP erfolgte am 7. Oktober 1989 in Schwante. Gründungsmitglied Ibrahim Böhme wurde im März 1990 als langjähriger informeller Mitarbeiter der Staatssicherheit enttarnt und aus der Partei ausgeschlossen.

Katja Havemann, Rolf Henrich, Sebastian Pflugbeil, Jens Reich. Das Neue Forum verstand sich als „politische Plattform“ für den als notwendig erachteten „demokratischen Dialog“ und rief alle Bürger auf, an der „Umgestaltung unserer Gesellschaft“ mitzuwirken.¹⁶

Am 12. September traten u.a. Hans-Jürgen Fischbeck, Wolfgang Ullmann, Konrad Weiß, Ulrike Poppe mit dem Gründungsaufwurf der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt (DJ) an die Öffentlichkeit. Die Bewegung plädierte für Reformkonzepte „von unten“. Der Sozialismus sollte „seine eigentliche, demokratische Gestalt finden“, wobei der unterstellte Sozialismusbegriff stark protestantisch-sozialethische Züge trug. Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt kündigte an, bei den nächsten Wahlen mit einer eigenen Liste anzutreten.¹⁷

Die Gründung der Vereinigung Demokratischer Aufbruch – sozial – ökologisch (DA) wurde am 14. September 1989 bekannt gegeben. Am 1. Oktober legte die Gründungsversammlung eine „Programmatische Erklärung“ vor. Ihre vorläufige Konstituierung als Partei erfolgte am 29. Oktober 1989. Der Demokratische Aufbruch hatte schon bald über 10.000 Mitglieder, darunter Rainer Eppelmann, Edelbert Richter, Heino Falcke, Erhard Neubert, Friedrich Schorlemmer.¹⁸

Seit September 1989 trafen sich in Berlin regelmäßig Vertreter verschiedener Friedenskreise und Bürgerrechtsgruppierungen, um „Möglichkeiten gemeinsamen politischen Handelns“ auszuloten. Am 4. Oktober 1989 verabschiedeten sie eine „Gemeinsame Erklärung“, die sich an alle Bürger richtete. In ihr wurde die DDR-Regierung zur Einhaltung der KSZE-Verpflichtungen und der UNO-Menschenrechtskonventionen aufgefordert. Weiterhin forderten die Unterzeichner demokratische Wahlen unter UNO-Kontrolle. Geprüft werden sollte, „in welchem Umfang wir ein Wahlbündnis mit gemeinsamen eigenen Kandidaten verwirklichen können“.¹⁹

4. Massenflucht

Ab dem 2. Mai 1989 begannen ungarische Grenzpolizisten mit dem Rückbau der Grenzbefestigungen und Signalzäune zwischen Österreich und Ungarn. Am 27. Juni trafen sich der ungarische Außenminister Gyula Horn und sein österreichischer Amtskollege Alois Mock an der

16 Den Aufruf unterzeichneten bis zum 19. September ca. 3.000 Menschen. Vom Ministerium des Innern wurde der Zulassungsantrag des Neuen Forums am 25. September mit der Begründung abgelehnt, es bestünde keine gesellschaftliche Notwendigkeit für eine derartige Vereinigung. Bis Mitte November 1989 unterschrieben 200.000 Bürger den Aufruf, zu diesem Zeitpunkt hatte das Neue Forum 10.000 feste Mitglieder. Erst am 8. November 1989 bestätigte das Innenministerium die offizielle Anmeldung des Neuen Forums.

17 Lindner (2010), Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, S. 75. Die Vereinigung hatte bis zu 4.000 Mitglieder.

18 Der erste Vorsitzende, Wolfgang Schnur, wurde im März 1990 als langjähriger Informeller Mitarbeiter der Staatssicherheit enttarnt und abgelöst.

19 Gemeinsame Erklärung der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, des Demokratischen Aufbruchs, der Gruppe Demokratischer Sozialistinnen, der Initiative Frieden und Menschenrechte, der Initiativgruppe Sozialdemokratische Partei in der DDR, des Neuen Forums, sowie Vertretern von Friedenskreisen. Vgl.: Lindner (2010), Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, S. 78.

Grenze nahe Sopron und durchtrennten medienwirksam den Stacheldrahtzaun mit großen Drahtscheren. Ministerpräsident Miklós Németh hatte zuvor Generalsekretär Gorbatschow informiert, der geantwortet haben soll: „Ich sehe da, ehrlich gesagt, gar kein Problem.“²⁰

Nach dieser symbolischen Grenzöffnung fanden zwischen Ungarn und Österreich zwar weiterhin Grenzkontrollen statt, doch da Ungarn zum 12. Juni 1989 der UN-Flüchtlingskonvention beigetreten war, durfte das Land keine Flüchtlinge mehr ausliefern, denen in der Heimat strafrechtliche Konsequenzen drohten.²¹

Die vom Westfernsehen übertragenen Bilder der Grenzöffnung und erste Berichte über geglückte Fluchten elektrisierten viele Menschen in der DDR. Obwohl die DDR-Behörden im ersten Halbjahr 1989 schon 86.000 offiziellen Antragstellern die dauerhafte Ausreise in die Bundesrepublik genehmigt hatten, nutzten Tausende Urlauber die Sommerferien, um durch die Lücken im „Eisernen Vorhang“ in den Westen zu flüchten. Da die ungarisch-österreichische Grenze aber weiterhin bewacht wurde, warteten Tausende von Fluchtwilligen in provisorisch errichteten Lagern darauf, dass sich neue Ausreisemöglichkeiten ergeben. In die DDR zurückkehren wollten sie nicht. Am 11. September öffnete Ungarn aus humanitären Gründen seine Westgrenze, bis Monatsende flüchteten 34.000 DDR-Bürger über Österreich in die Bundesrepublik.²²

Inzwischen lehnten die DDR-Behörden neue Anträge auf Urlaubsreisen nach Ungarn ab. Daher flüchteten nun zunehmend mehr Menschen in die bundesdeutsche Botschaft in Prag und hofften, von dort aus in die Bundesrepublik zu gelangen. Schon bald befanden sich mehrere tausend Menschen auf dem Gelände. Regenfälle hatten den Garten der Vertretung in eine Schlammwüste verwandelt, es herrschten katastrophale sanitäre Zustände. Nach Verhandlungen mit Regierungsvertretern der beteiligten und betroffenen Staaten konnte der Außenminister der Bundesrepublik, Hans-Dietrich Genscher, den Wartenden am 30. September die erlösende Botschaft überbringen. Die DDR-Behörden hatten ihrer Ausreise zugestimmt – mit mehreren Sonderzügen der Reichsbahn über das Territorium der DDR. Neben den ca. 6.000 Flüchtlingen in der Prager Botschaft erhielten auch ca. 600 Ostdeutsche, die in der bundesdeutschen Botschaft in Warschau festsaßen, die Genehmigung zur dauerhaften Ausreise in die Bundesrepublik. Später wurde bekannt, dass im Jahre 1989 insgesamt 344.000 Menschen aus der DDR geflüchtet sind.²³

Die massenhafte Flucht von DDR-Bürgern entwickelte sich 1989 zu einem wesentlichen Faktor und Stimulus der Friedlichen Revolution. Der Verlust von Familienangehörigen, Freunden, Arbeitskollegen, Nachbarn bestürzte all jene Menschen, die nicht gehen wollten, die darauf hofften,

20 Siehe auch: Weis (2014), Die Öffnung des Eisernen Vorhangs in Ungarn, „Aktueller Begriff“ der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, Nr. 20/14 vom 24. Juni 2014.

21 Die DDR bemühte sich umgehend um eine Ausnahmeregelung. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen den Geheimdiensten der DDR und Ungarns wurde an der bis dahin üblichen Praxis der Übergabe von Flüchtlingen aus der DDR an das MfS noch einige Wochen festgehalten. Am 12. Juli 1989 wurde letztmalig ein fluchtwilliger DDR-Bürger von ungarischen Behörden an das MfS übergeben. Siehe: Kowalczyk (2009), Endspiel, S. 346f.

22 Kowalczyk (2009), Endspiel, S. 351.

23 Siehe: Ritter / Lapp (1997), Die Grenze. Ein deutsches Bauwerk, S. 167.

das Land öffnen und reformieren zu können. Zugleich empörte sie, mit welcher Blindheit, Arroganz und Häme die DDR-Führung auf die Flucht ihrer Angehörigen und Freunde reagierte. SED-Generalsekretär Honecker erklärte: „Zügellos wird von Politikern und Medien der BRD eine stubsmäßig vorbereitete ‚Heim-ins-Reich‘-Psychose geführt, um Menschen in die Irre zu führen und auf einen Weg in ein ungewisses Schicksal zu treiben. (...) Sie alle haben durch ihr Verhalten die moralischen Werte mit Füßen getreten und sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen.“²⁴

5. Montagsdemonstrationen. Die Macht der Straße

Das Thema Ausreise und Flucht bewegte 1989 die gesamte DDR-Gesellschaft, die Stimmung im Land war aufgeladen. In Leipzig besuchten immer mehr Menschen, die oft schon seit Jahren auf den positiven Entscheid ihres „Antrages auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft“ warteten, die Friedensgebete in Sankt Nikolai.²⁵ Am 14. März 1989 marschierten im Anschluss an das Friedensgebet ca. 300 Ausreisewillige durchs Stadtzentrum und forderten „Lasst uns raus!“, „Stasi raus!“, „Reisefreiheit statt Behördenwillkür!“. Westliche Kamerateams, die sich anlässlich der Frühjahrsmesse in Leipzig aufhielten, dokumentierten das Ereignis.

Als am 4. September 1989 das erste Friedensgebet nach der Sommerpause stattfand, wollten die Sicherheitskräfte eine vergleichbare „Panne“ unbedingt vermeiden, was ihnen aber nicht gelang. Nach dem Friedensgebet versammelten sich hunderte Demonstranten vor der Nikolaikirche. Sie entrollten Transparente „Für ein offenes Land mit freien Menschen“, „Reisefreiheit statt Massenflicht“ und „Versammlungsfreiheit – Reisefreiheit“. Stasi-Mitarbeiter entrissen ihnen die Losungen, doch sie skandierten „Wir wollen raus! Wir wollen raus!“ und „Freiheit! Freiheit!“. Reformorientierte Demonstranten antworteten, nicht weniger entschlossen, „Wir bleiben hier! Wir bleiben hier!“. Da wegen der Leipziger Herbstmesse wieder westliche Kamerateams in der Stadt waren, liefen diese Bilder abends auch im Fernsehen. Die ARD meldete: „Über 1.000 Demonstranten, zur Hälfte Ausreisewillige, zur Hälfte oppositionelle Gruppen, die bleiben wollen, aber für Reformen im Land auf die Straße gehen und dafür hohe Geldstrafen und (...) Haftstrafen riskieren“, seien versammelt gewesen.²⁶

Die Leipziger Kundgebung vom 4. September 1989 gilt als erste „Montagsdemonstration“. Sie markierte den Beginn der Eroberung des öffentlichen Raums als zentralem Aktionsfeld des anwachsenden politischen Protestes in der DDR. Zugleich hatte sie Vorbildcharakter für Hunderte

24 Honecker (1989), Sich selbst aus der Gesellschaft ausgegrenzt, in: Neues Deutschland vom 2. Oktober 1989. Abgedruckt in: Judt (1998), DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, S. 531.

25 Begründet wurden die montäglichen Friedensgebete in St. Nikolai im September 1981. In den Jahren 1984-1987 fanden sie eher unregelmäßig statt, im September 1987 reaktivierte Pfarrer Wonneberger die Idee. Zur Geschichte der Friedensgebete in St. Nikolai siehe: Schwabe (1998), „Symbol der Befreiung“. Die Friedensgebete in Leipzig. Link: <http://www.archiv-buergerbewegung.de/images/stories/pdf/fg-schwabe.pdf> (Stand: 23. Oktober 2014).

26 Lindner (2010), Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, S. 85f. Lindner selbst spricht von 800 Teilnehmern, ebd., S. 103.

von Demonstrationen, die in den kommenden Wochen und Monaten DDR-weit stattfinden sollten. Die Fernsehbilder aus Leipzig mit ihrer doppelten Botschaft – „Lasst uns raus!“ / „Wir bleiben hier!“ – wirkten wie eine Initialzündung: Widerstand ist möglich, auch und gerade für jene, die sich nicht vertreiben lassen wollen und auf Reformen hoffen.

Am darauffolgenden Montag, dem 11. September, griffen die Staatsorgane brutal durch. Zum Montagsgebet waren über 500 Menschen gekommen. Beim Verlassen der Kirche riefen sie den wartenden MfS-Mitarbeitern und Polizisten zu: „Keine Gewalt!“, „Wir sind keine Rowdys!“, doch diese antworteten mit Schlagstöcken. 89 Demonstranten wurden verhaftet, 22 von ihnen in Schnellverfahren zu hohen Geldstrafen verurteilt. 19 Personen erhielten Haftstrafen bis zu einem halben Jahr. Einige kamen erst fünf Wochen später wieder frei.²⁷

Am 18. September kamen schon 2.000 Menschen zum Gottesdienst in die Nikolai-Kirche, mehr als 1.000 Menschen versammelten sich vor der Kirche. Nach dem Friedensgebet am 25. September beteiligten sich ca. 8.000 Menschen an der Montagsdemonstration. Der Protestzug sprengte die Polizeiketten und bewegte sich erstmals hinaus auf den Leipziger Ring. Am 2. Oktober 1989 fand in Leipzig die größte oppositionelle Demonstration seit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 statt. Den bis zu 20.000 Demonstranten standen hochgerüstete Polizeieinheiten gegenüber. Mehrfach versuchte die Staatsmacht, über Lautsprecher auf die Demonstranten einzuwirken. Auf den Satz „Hier spricht die Volkspolizei“ antwortete die Menge immer wieder „Wir sind das Volk!“. Dieser selbstbewusste Satz wurde zum Leitmotiv des revolutionären Herbstes 1989.

Ende September, Anfang Oktober 1989 hatte sich die politische Krise im Land weiter zugespitzt. Egon Krenz war nach China gereist und solidarisierte sich mit den Verantwortlichen des Pekinger Massakers vom 3./4. Juni 1989.²⁸ Diese Reise verstärkte bei den reformorientierten Kräften die Befürchtung, dass auch die SED bereit sein könnte, friedlichen Protest gewaltsam niederzuschlagen.

Nachdem bekannt wurde, dass die seit dem 30. September aus Prag kommenden Züge mit Botenschaftsflüchtlingsen auf ihrem Weg in die Bundesrepublik durch Dresden fahren würden, versammelten sich vom 3. bis 5. Oktober 1989 anfangs 2.000, später 20.000 Demonstranten am Dresdner Hauptbahnhof. Einheiten der Bereitschafts-, Transport- und Volkspolizei räumten das Gelände mit Gummiknüppeln. Daraufhin flogen Steine. Polizeihunde, Wasserwerfer und Tränengas wurden eingesetzt, dann rückten Armeeeinheiten an. Sieben Hundertschaften der Kampfgruppen sowie zwei Bataillone der 7. Panzerdivision standen bereit; Bürgerkriegsstimmung lag in der Luft.

Am späten Nachmittag des 7. Oktober versammelten sich auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin Dutzende Menschen, um wie an jedem 7. eines Monats gegen den Wahlbetrug vom 7. Mai 1989 zu protestieren. Der kleine Demonstrationzug wollte zum Palast der Republik marschieren, wo

27 Siehe: Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (Hrsg.), „Leipzig“. Link: www.jugendopposition.de/index.php?id=214 (Stand: 23. Oktober 2014).

28 In der Nacht des 3./4. Juni 1989 wurden Studentenproteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking, dem Tiananmen-Platz, mit einem blutigen Militäreinsatz der chinesischen Volksbefreiungsarmee beendet. Tausende Menschen wurden verletzt, Hunderte getötet. Das SED-Politbüro und die DDR-Volkskammer bekundeten der chinesischen Regierung umgehend ihre Zustimmung.

an diesem Tag ein festlicher Staatsakt zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung stattfand. Passanten schlossen sich dem Zug spontan an, der schnell auf mehrere tausend Menschen anwuchs. Eine ihrer Forderungen lautete „Keine Gewalt!“. Die Polizei drängte die Menge ab in Richtung Prenzlauer Berg. In der dortigen Gethsemanekirche beteiligten sich zu diesem Zeitpunkt Hunderte von Menschen an einer Bittandacht für inhaftierte Oppositionelle aus Leipzig. Polizisten, MfS-Einheiten und Kampfgruppen riegelten den Bezirk hermetisch ab und gingen mit großer Brutalität gegen Demonstranten, Kirchenbesucher und unbeteiligte Passanten vor. Viele der 1.200 polizeilich „Zugeführten“ erlebten physische und psychische Folter.²⁹ Die Bilder der Gewalteskalation am 40. Jahrestag der DDR gingen um die ganze Welt.

Angesichts des brutalen Vorgehens der Staatsmacht am 7. Oktober fürchteten die Leipziger Bürger, dass die Staatsmacht auf ihre Montagsdemonstration am 9. Oktober mit einer „chinesischen Lösung“ reagieren könnte. Schon am 6. Oktober hatte ein Kampfgruppenkommandeur in der Leipziger Volkszeitung gedroht, „diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muss, mit der Waffe in der Hand!“³⁰

Trotz massiver Drohungen und angstmachender Gerüchte über den Aufmarsch bewaffneter Kräfte in und um Leipzig kamen am 9. Oktober über 70.000 Menschen in die Leipziger Innenstadt. Ihr Wunsch nach Veränderungen war größer als ihre Angst. In vier Kirchen fanden Friedensgebete statt, anschließend setzte sich die Menschenmenge in Bewegung und demonstrierte auf dem gesamten Innenstadtring – vorbei an der Bezirksbehörde der Staatssicherheit und am Sitz der Volkspolizei, am Leipziger Rathaus und am Gebäude der SED-Bezirksleitung. „Keine Gewalt!“ lautete die tausendfach gerufene Forderung des Tages. Sie richtete sich an die bewaffneten Kräfte, aber auch an die Demonstranten selbst.³¹

Die unerwartete Dimension des ebenso entschlossenen wie friedlichen Demonstrationszuges setzte alle polizeilichen und militärischen Planungen außer Kraft, der befürchtete Einsatzbefehl

29 Kowalczyk (2009), Endspiel, S. 391f. Am 7. Oktober gab es in über 20 weiteren Städten Protestkundgebungen, die gewaltsam aufgelöst wurden. In Plauen gingen an diesem Tag zwischen 10.000-20.000 Menschen auf die Straße und erzwangen ein Gespräch mit dem Bürgermeister. Nach Auflösung der Demonstration kam es zu etwa 60 Verhaftungen. Ebd., S. 398.

30 Siehe: Leserbrief des Kampfgruppenkommandeurs Günter Lutz vom 6. Oktober 1989, in: Lindner (2010), Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, S. 101. Von der Einheit dieses Kommandeurs erschienen am Abend des 9. Oktober nur 52 Prozent der Mitglieder zum Dienst, siehe Ahbe (2014), Und wenn sie auf uns schießen?, S. 7. Link: <http://www.zeit.de/2014/42/montagsdemo-leipzig-ddr> (Stand: 28. Oktober 2014).

31 Appelle in den Kirchen, Flugblattaktionen und ein über den Stadtfunk verbreiteter „Aufruf der Leipziger Sechs“ (Dirigent Kurt Masur, Kabarettist Bernd-Lutz Lange, Theologe Peter Zimmermann sowie die Sekretäre der SED-Bezirksleitung Kurt Meyer, Jochen Pommert, Roland Wötzel) mahnten am 9. Oktober alle Beteiligten, sich friedfertig und besonnen zu verhalten. An der Eingangsseite der Nikolaikirche appellierte ein Transparent „Leute – heute keine Gewalt! Reißt euch zusammen und laßt die Steine liegen!“ Jedem war bewusst, dass der kleinste Eskalationsschritt eine schlimme Kettenreaktion auslösen könnte. Vgl.: Ahbe (2014), Und wenn sie auf uns schießen?, S. 5. <http://www.zeit.de/2014/42/montagsdemo-leipzig-ddr> (Stand: 28. Oktober 2014).

wurde nicht erteilt. Die Einsatzkräfte hatten offenbar erkannt, dass „jeder Versuch eines gewaltsamen Einschreitens (...) unabsehbare Folgen haben musste“.³² Die bewaffneten Kräfte kapitulierten angesichts des Muts, der Entschlossenheit und Disziplin der Leipziger Demonstranten. Der damalige Volkskammer-Präsident Horst Sindermann erklärte wenige Monate später „Wir sind vom Volk davongejagt worden, nicht von einer ‚Konterrevolution‘. (...) Der gewaltfreie Aufstand passte nicht in unsere Theorie. Wir haben ihn nicht erwartet, und er hat uns wehrlos gemacht.“³³

Der 9. Oktober 1989 markiert das wichtigste Datum im Kalender der Friedlichen Revolution in der DDR. An diesem Tag wurde das Gewaltmonopol der SED gebrochen, der Verfall des Regimes war in Gang gesetzt. Am 9. Oktober befreiten sich die Ostdeutschen von ihrer Angst vor dem Regime, sie wurden sich ihrer Macht und Stärke bewusst.³⁴ Nach diesem Tag gab es landesweit keine gewaltsamen Auseinandersetzungen mehr zwischen Polizei und Demonstranten. Erst mit der bestandenen Mutprobe vom 9. Oktober lässt sich die Revolution in der DDR tatsächlich als „friedliche“ Revolution charakterisieren, denn bis zu diesem Tag hatte die Staatsmacht erhebliche Gewalt gegen demonstrierende Bürger ausgeübt.³⁵

Der Erfolg der Leipziger Demonstranten ermutigte die Menschen in der ganzen Republik. In immer mehr Städten fanden Kundgebungen statt, entstanden Aktionsbündnisse für die politische und gesellschaftliche Erneuerung. Unter dem Druck der Protestbewegung verstärkten sich auch innerhalb der SED-Führung die Auseinandersetzungen und Konflikte, die Partei reagierte mit ersten Zugeständnissen. Am 18. Oktober musste Staatsratsvorsitzender und Parteichef Honecker seine Ämter an Egon Krenz abgeben, der aber als Vertreter des alten Systems nicht ansatzweise in der Lage war, das Vertrauen der Menschen zu gewinnen.

An den nächsten Leipziger Montagsdemonstrationen beteiligten sich immer mehr Bürger. Am 30. Oktober kamen 300.000, am 6. November fast 500.000 Menschen. Die Demonstranten in Leipzig und vielen anderen Orten der Republik stellten offen die Machtfrage („SED, gib Deine Führung ab, sonst werden hier die Leute knapp!“), forderten weitere Rücktritte von Spitzenfunktionären und Chefideologen („Die Karre steckt zu tief im Dreck, die alten Kutscher müssen weg!“, „Schnitzlers Visage bringt alle in Rage!“), die Zulassung des Neuen Forums („Krenzt das Neue Forum nicht aus!“), Reisefreiheit („Visafrei von Rostock bis Shanghai!“), freie Wahlen („Wenn

32 Niemetz (2014), Einen neuen „17. Juni“ verhindern, S. 133.

33 Sindermann (1990), Wir sind keine Helden gewesen, Interview mit dem Spiegel vom 7. Mai 1990. Link: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13498194.html> (Stand: 29. Oktober 2014). Diese Äußerung inspirierte Erich Loest zu dem eingangs zitierten Satz „Wir waren auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete.“ In seinem Drehbuch für den Spielfilm „Nikolaikirche“ legte Loest dieses Resümee einem hochrangigen Stasi-Offizier in den Mund.

34 In vielen Rückblicken wird genau dieser Punkt hervorgehoben. Wolfgang Thierse sagte mit Blick auf den 9. Oktober 1989: „Das war der Tag der Entscheidung. Was wir alle durch Leipzig gewonnen haben, war nicht weniger als der Sieg über die Angst, die halbe Macht der Diktatur.“ Siehe: Thierse (2005), Rede am 9. Oktober 2005 in der Nikolaikirche Leipzig. Lothar de Maizière erklärte, am 9. Oktober 1989 fiel die „Mauer der Angst“. Siehe: Maizière (2014), Interview mit dem Deutschlandfunk am 2. November 2014.

35 Vgl. Niemetz (2014), Einen neuen „17. Juni“ verhindern, S. 136. Lindner (2010), Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, S. 180.

freie Wahlen sind in Sicht, verlassen wir die Heimat nicht!“).³⁶ Die größte Massendemonstration in der DDR-Geschichte fand am 4. November auf dem Berliner Alexanderplatz statt. Über 500.000 Teilnehmer forderten die in der Verfassung formal benannten Rechte auf Meinungs-, Presse und Versammlungsfreiheit ein.³⁷ Die gesamte Kundgebung, auf der u.a. neben Heiner Müller, Christa Wolf und Tobias Langhoff auch Bürgerrechtler wie Marianne Birthler und Jens Reich sowie einige SED-Funktionäre sprachen (und kräftig ausgepiffen wurden), wurde live im DDR-Fernsehen übertragen, was zuvor undenkbar gewesen wäre. Diese Öffnung und Neuorientierung der staatlichen Medien dokumentierte auf eindrucksvolle Weise die beginnenden Veränderungsprozesse in der DDR-Gesellschaft.

Auch nach dem 9. Oktober flüchteten jeden Tag ca. 10.000 Menschen aus der DDR, das Land drohte auszubluten. Mit dem am 6. November 1989 vorgelegten, aber für die Bürger völlig inakzeptablen Entwurf eines neuen Reisegesetzes brachte sich die DDR-Regierung selbst den Todesstoß bei. Der Entwurf zeigte, dass die Regierung unfähig war, das Wesen der dramatischen Umbruchprozesse im Land zu verstehen. Der Gesetzesentwurf wurde auf Protestkundgebungen im ganzen Land empört abgelehnt, am 7. November lehnte ihn auch die Volkskammer als unzureichend ab. Noch am selben Tag trat die DDR-Regierung unter Willi Stoph geschlossen zurück.

6. Der Fall der Mauer

Vom 6.-9. November tagte in Berlin das Zentralkomitee der SED. Es beschloss die Zulassung der Oppositionsgruppen und befasste sich erneut mit der Überarbeitung des umstrittenen ReiseGesetzesentwurfs. Beschlossen wurde eine Regelung für Reisen ins westliche Ausland und die ständige Ausreise aus der DDR. Genehmigungen dafür sollten von den zuständigen Abteilungen Pass- und Meldewesen der Volkspolizeikreisämter „kurzfristig“ und „ohne Voraussetzungen“ erteilt werden. Als Regierungssprecher Günter Schabowski am 9. November kurz vor 19 Uhr in einer Pressekonferenz die Frage gestellt bekam, ab wann diese Regelung in Kraft treten würde, antwortete er, „sofort, unverzüglich (...) über alle Grenzübergangsstellen“.³⁸ Schon wenige Minuten später verbreitete sich diese Nachricht über Radio und Fernsehen, die Zeitangabe „ab sofort“ wurde wörtlich genommen. Tausende Menschen strömten in der gleichen Nacht zu den Grenzübergangsstellen nach West-Berlin und zur Bundesrepublik, wo entsprechende Anweisungen allerdings nicht vorlagen. Am Ost-Berliner Grenzübergang Bornholmer Straße forderten Tausende Menschen „Tor auf! Tor auf!“. Die Grenzbeamten ließen zunächst einzelne Personen durch und stempelten ihre Personalausweise so ab, als gingen sie für immer. Doch der friedliche Druck auf den Grenzübergang wurde größer und größer, so dass sich der diensthabende Kommandeur in eigener Verantwortung entschied, die Schlagbäume in der Mauer zu öffnen. Der Inbegriff der Ge-

36 Eine Übersicht über alle 1989 in Leipzig gezeigten Losungen findet sich in: Schneider / Lindner (1990), Leipziger Demontagebuch: Demo – Montag – Tagebuch.

37 Kowalczyk bezweifelt, dass an der Demonstration tatsächlich 500.000 Menschen teilgenommen haben. Angesichts der zur Verfügung stehenden Stellfläche auf dem Alexanderplatz und den angrenzenden Straßen erscheint ihm eine Teilnehmerzahl von über 200.000 Menschen als unrealistisch. Siehe: Kowalczyk (2009), Endspiel, S. 451f.

38 Hertle (1995), Der 9. November 1989 in Berlin, S. 840.

waltherrschaft war gefallen, ein weiteres Mal hatte die Staatsmacht vor dem eigenen Volk kapituliert. Jubelnd strömten Tausende DDR-Bürger nach West-Berlin.³⁹ Wenig später wurden auch alle anderen innerstädtischen Grenzübergangsstellen geöffnet. Menschen aus beiden Stadthälften versammelten sich in dieser „Wahnsinnsnacht“ zu spontanen Freudenfeiern.⁴⁰ Auch entlang der innerdeutschen Grenze wurden die ostdeutschen Nachbarn an den folgenden Tagen mit Sekt und Freudentränen empfangen, überall lagen sich wildfremde Menschen in den Armen.

Der von den Ostdeutschen im revolutionären Herbst 1989 erzwungene Mauerfall besiegelte den Untergang der SED-Herrschaft und eröffnete völlig neue Optionen für Deutschland und Europa. Die in der DDR stationierten 338.000 sowjetischen Soldaten waren auch am 9. November (wie schon am 9. Oktober) in den Kasernen geblieben, Präsident Michael Gorbatschow hatte Wort gehalten.⁴¹

Alt-Bundeskanzler Willy Brandt, der zur Zeit des Mauerbaus 1961 Regierender Bürgermeister von Berlin gewesen war und später durch seine neue Ostpolitik den Entspannungsprozess zwischen Ost und West befördert hatte, brachte am darauffolgenden Abend in einer Rede vor dem Schöneberger Rathaus seine Freude zum Ausdruck. Seine Worte trafen die Stimmung und die Hoffnung vieler Menschen in der DDR: „Es ist sicher, dass nichts im anderen Teil Deutschlands wieder so werden wird, wie es war. (...) Und ich denke, dass diese Volksbewegung im anderen Teil Deutschlands ihre Erfüllung nur in wirklich freien Wahlen finden kann.“⁴² Noch auf der Rathhaustreppe diktierte Brandt einem Journalisten seinen berühmt gewordenen Satz ins Mikrofon: „Jetzt sind wir in einer Situation, in der wieder zusammenwächst, was zusammengehört.“⁴³

Bundeskanzler Helmut Kohl erinnerte an gleicher Stelle an die vielen Mauertoten und würdigte den Kampf der Ostdeutschen um Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, freie und geheime Wahlen:

39 Als kurz nach 20 Uhr die Nachricht vom Mauerfall die im Bonner Wasserwerk tagenden Abgeordneten des Deutschen Bundestages erreichte, wurde die Sitzung unterbrochen. Die Abgeordneten applaudierten und sangen spontan die Nationalhymne. Siehe: Chorgesang im Bundestag am 9. November 1989. Link: http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/kw45_mauerfall/337756 (Stand: 6.11.2014).

40 Siehe auch: Weege (2009, 2014), Vor zwanzig Jahren: Der Fall der Mauer am 9. November 1989, „Aktueller Begriff“ der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, Nr. 91/09 vom 6. November 2009, aktualisierte Fassung vom 9. Oktober 2014.

41 Satjukov (2008): Der düstere Feind, Zeit Online. Link: <http://www.zeit.de/2008/16/A-Besatzer> (Stand: 3. November 2014). Hinzu kamen 207.400 Zivilangestellte und Familienangehörige. Erst mit Abzug der Truppen (1994) wurde bekannt, dass die Sowjetarmee im Jahr 1989 auf dem Territorium der DDR über insgesamt 1.026 Objekte mit etwa 36.000 Gebäuden verfügte, davon 777 geschlossene Areale. Ebd., S. 2f.

42 Brandt (1989), Rede vor dem Rathaus Schöneberg in Berlin am 10. November 1989. Link: http://www.willy-brandt.org/fileadmin/brandt/Downloads/Rede_Willy_Brandt_Rathaus_Schoeneberg_1989.pdf (Stand: 28. Oktober 2014).

43 Dieser Satz wird häufig der Rede zugeschrieben, aber er fiel in einem Interview, das Willy Brandt der Berliner Morgenpost am Abend des 10. November 1989 gegeben hat. Siehe: Rother (o.J.), Link: http://www.willy-brandt.org/fileadmin/brandt/Downloads/Beitrag_Rother_Jetzt_waechst_zusammen.pdf (Stand: 21. Oktober 2014).

„Unsere Landsleute sind dabei, sich diese Freiheiten selbst zu erkämpfen, und sie haben dabei unsere volle Unterstützung.“⁴⁴

7. Der Runde Tisch. Auf dem Weg zu freien Wahlen

Nachdem die Mauer gefallen war, blickten viele DDR-Bürger ganz neu auf die politischen Perspektiven des eigenen Landes. Die „alte“ DDR wollte kaum jemand erhalten, doch was sollte, was konnte an ihre Stelle treten?

Der Mauerfall beschleunigte den Zerfall der SED und ihrer Strukturen. Funktionäre legten ihre Ämter nieder, hunderttausende Mitglieder verließen in den folgenden Wochen die Partei. Die alten Blockparteien, die über große politische Apparate und eigene Medien verfügten, mühten sich, möglichst schnell ein demokratisches Profil zu entwickeln – und machten sich die Forderungen der oppositionellen Gruppen zu eigen. Die oppositionellen Gruppen und Parteien festigten nach und nach ihre Strukturen und traten überall im Lande ungehindert in Erscheinung. Aber auch sie mussten neue politische Antworten auf die plötzlich veränderte, offene Situation finden und sich neu orientieren – unter ungleich schwierigeren finanziellen und technisch-organisatorischen Bedingungen als die Blockparteien. Parallel entstanden im ganzen Land zahlreiche neue Bürgerinitiativen und Vereinigungen, die sich mit einer Flut von Erklärungen, Vorschlägen und Forderungen in die gesellschaftspolitische Diskussion einbrachten.⁴⁵

Nach Grenzöffnung und Errichtung immer neuer Grenzübergangsstellen veränderten sich die Kundgebungen. Der Mauerfall hatte neue politische Optionen eröffnet. Plötzlich schien sogar eine Annäherung der beiden deutschen Staaten möglich zu sein, was lange Zeit kaum jemand zu hoffen wagte. Schon bald spalteten sich die Kundgebungsteilnehmer in Befürworter und Gegner einer Wiedervereinigung. Die Befürworter einer schnellen Wiedervereinigung setzten sich durch.

Am 13. November trat die Volkskammer zusammen und wählte aus ihren Reihen ein neues Präsidium, Hans Modrow wurde neuer Ministerpräsident. Die neue Regierung, die sich überwiegend aus SED-Mitgliedern zusammensetzte⁴⁶, kündigte Reformen in Politik, Wirtschaft, Bildungswesen und Verwaltung an.

Doch mit Bekanntwerden von Skandalen und Korruptionsfällen, in die SED-Funktionäre verwickelt waren, stieg in der Bevölkerung der Unmut über die Partei und ihre Funktionäre. Am 1. Dezember strich die Volkskammer einstimmig den Führungsanspruch der SED aus der DDR-Verfassung, am 3. Dezember traten das Politbüro und das Zentralkomitee zurück, am 6. Dezember verlor Egon Krenz auch sein Amt als Staatsratsvorsitzender. Führende ehemalige Spitzenfunktionäre

44 Kohl (1989), Rede vor dem Rathaus Schöneberg in Berlin am 10. November 1989. Link: http://www.2plus4.de/chronik.php3?date_value=10.11.89&sort=000-003 (Stand: 31. Oktober 2014).

45 Neubert (1997), Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 877ff.

46 Die Modrow-Regierung hatte 28 Mitglieder, 17 von ihnen gehörten der SED an.

wie Erich Honecker, Willy Stoph, Erich Mielke, Horst Sindermann, Alexander Schalck-Golodkowski u.a. wurden aus der Partei ausgeschlossen, später leitete die Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren gegen sie ein.⁴⁷

Auf Vorschlag der Bürgerbewegungen trat am 7. Dezember 1989 erstmals ein Zentraler Runder Tisch zusammen, dessen Einberufung mehr als nur einen symbolischen Sieg der Opposition bedeutete.⁴⁸ Vertreter der Bürgerbewegung hatten endlich Gelegenheit, den Verlauf des notwendigen Demokratisierungsprozesses mitzubestimmen und zu kontrollieren. Der Zentrale Runde Tisch tagte insgesamt 16 Mal, seine letzte Sitzung fand am 12. März 1990 statt. Sein großes Vorbild war der Runde Tisch in Polen, der einen politischen Dialog mit den alten Machthabern zur Vorbereitung demokratischer Wahlen und damit eine legale Machtübernahme durch neue politische Kräfte ermöglicht hatte.⁴⁹

Am Zentralen Runden Tisch versammelten sich 19 Vertreter oppositioneller Gruppierungen und neuer Parteien⁵⁰ sowie 19 Vertreter der in der Volkskammer vertretenen Parteien und Massenorganisationen⁵¹, Kirchenvertreter moderierten die Gespräche.⁵² Die Teilnehmer stellten in ihrer ersten Sitzung klar, dass der „Rundtisch keine parlamentarische oder Regierungsfunktion ausüben“ könne. Er wolle Vorschläge zur Überwindung der politischen Krise erarbeiten und verstehe sich „als Bestandteil der öffentlichen Kontrolle in unserem Land“. Geplant sei, seine Tätigkeit „bis zur Durchführung freier, demokratischer und geheimer Wahlen fortzusetzen“.⁵³ Den Bürgerrechtlern war bewusst, nicht durch freie und geheime Wahlen legitimiert zu sein. Aber sie wollten die Vorbereitung demokratischer Wahlen keinesfalls den alten Kräften allein überlassen, die ja ebenfalls kein Mandat durch freie und geheime Wahlen hatten. Der Runde Tisch war ein Instrument der Selbstbefreiung, er hatte die Aufgabe, das zentralistische Machtmonopol der SED

-
- 47 Siehe: Fahnenschmidt (2000), DDR-Funktionäre vor Gericht. Die Strafverfahren wegen Amtsmissbrauch und Korruption im letzten Jahr der DDR und nach der Vereinigung.
- 48 Neben dem Zentralen Runden Tisch in Berlin arbeiteten fünfzehn Runde Tische in den Bezirken, mehr als 200 Runde Tische in den Kreisen sowie zahllose lokale und thematische Runde Tische. Siehe: Weil (2011), Verhandelte Demokratisierung, S. 13.
- 49 Der Runde Tisch in Polen tagte vom 6. Februar bis 5. April 1989 und hatte Modell- und Symbolcharakter für den Demokratisierungsprozess in mehreren osteuropäischen Ländern.
- 50 Neues Forum, SDP/SPD, Demokratischer Aufbruch, Demokratie Jetzt, Grüne Partei, Grüne Liga, Initiative Frieden und Menschenrechte, Unabhängiger Frauenverband, Vereinigte Linke.
- 51 SED/PDS, NDPD, DBD, LDPD, FDGB, CDU, VdgB (Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe) und ein Vertreter des sorbischen Runden Tisches (ohne Stimme). Die Blockparteien hatten inzwischen die Mitgliedschaft im „Demokratischen Block“ aufgekündigt. Insbesondere die CDU (Ost) nutzte die Arbeit am Runden Tisch, um sich von der SED-PDS zu distanzieren und ein eigenständiges politisches Profil zu entwickeln. Siehe: Süß (2011), Zentraler Runder Tisch und alte Parteien, S. 147-155.
- 52 Der ersten Sitzung des Zentralen Runden Tisches am 7. Dezember 1989 waren seit dem 4. Oktober 1989 wöchentliche Treffen einer „Kontaktgruppe“ vorausgegangen. Dieser Kontaktgruppe gehörten Vertreter jener Gruppierungen an, die in Anschluss an die „Gemeinsame Erklärung“ vom 4. Oktober „Möglichkeiten gemeinsamen politischen Handels“ ausloteten. Siehe: Lindner (2010), Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, S. 78.
- 53 Siehe: Thaysen (1990), Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? S. 50f.

und ihres Staatssicherheitsdienstes aufzubrechen und demokratische Willensbildung zu ermöglichen – und zwar in einem dialogischen, gewaltfreien Verfahren.

Über die Verhandlungen am Runden Tisch versuchten die Bürgerrechtsgruppen Kontrolle über das Handeln der Regierung zu bekommen. Sie forderten Informationen über die tatsächliche Lage im Land ein und bestanden darauf, über wichtige Gesetzesvorhaben informiert zu werden, bevor diese von der Regierung in die Volkskammer eingebracht wurden.

Bereits in seiner ersten Sitzung befasste sich der Runde Tisch mit der Vorbereitung freier Wahlen, legte einen Wahltermin fest (6. Mai 1990) und beauftragte eine Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung eines neuen Verfassungsentwurfs.

Ein zentrales Verhandlungsthema war die Auflösung des Staatssicherheitsdienstes. Ministerpräsident Modrow hatte ihn am 17. November in das Amt für Nationale Sicherheit überführt, was aus Sicht der Bürgerrechtler einer bloßen Umbenennung gleichkam. Am 7. Dezember forderte der Zentrale Runde Tisch die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit unter ziviler Kontrolle, doch die Modrow-Regierung entschied, den gesamten Sicherheitsbereich neu zu organisieren. Sie wollte das Amt formal auflösen und es durch einen „Nachrichtendienst“ und einen „Verfassungsschutz“ ersetzen. Der Runde Tisch kritisierte das Vorhaben heftig und beharrte weiter auf Offenlegung der MfS-Strukturen. Am 11. Januar 1990 demonstrierten etwa 20.000 Menschen vor der Volkskammer gegen das MfS und sein Nachfolgeamt sowie gegen die geplanten Neugründungen. Einen Tag später erklärte Ministerpräsident Modrow, auf jegliche Nachfolgeorganisationen für das MfS zu verzichten.

Für den 15. Januar 1990 hatte das Neue Forum zu einer Demonstration vor der noch immer funktionstüchtigen Geheimdienst-Zentrale in der Berliner Normannenstraße aufgerufen. Zehntausende Menschen folgten diesem Aufruf und besetzten mehrere Gebäude.⁵⁴ Noch in der Nacht konstituierte sich nun auch in Ost-Berlin ein Bürgerkomitee zur Auflösung des Geheimdienstes und zur Sicherung der noch nicht vernichteten Unterlagen, Berichte und Beweismittel.⁵⁵

Im Januar 1990 verschärfte sich die innenpolitische Lage im Land, die Modrow-Regierung konnte die Problemfülle kaum noch bewältigen. Noch immer reisten täglich tausende Menschen in die Bundesrepublik aus, es drohten Versorgungsnot und soziale Spannungen. Diese schwierige Situation nahm der Zentrale Runde Tisch am 28. Januar zum Anlass, den geplanten Termin für die Volkskammerwahlen vom 6. Mai auf den 18. März 1990 vorzuziehen. Außerdem entsprach das

54 Die Demonstranten gelangten in mehrere Gebäude, aber nicht in Führungsbereiche. Kowalczyk (2009), S. 512f.

55 Seit dem 4. Dezember besetzten Bürger Bezirks- und Kreisämter des Amtes für Nationale Sicherheit, z.B. in Erfurt, Leipzig, Suhl und Rostock. Sie wollten verhindern, dass Geheimdienstmitarbeiter Beweismaterial vernichten, was aber nur zum Teil gelang. Auch in den kommenden Monaten wurden MfS-Akten in großem Umfang vernichtet, zum Teil sogar mit Zustimmung des Zentralen Runden Tisches. So konnte sich die „Hauptverwaltung Aufklärung“ des MfS bis zum 30. Juni 1990 weitgehend selbst auflösen und Akten schreddern. Außerdem wurden alle MfS-Magnetbandspeicher physisch zerstört. Kowalczyk (2009), S. 515ff.

Gremium dem Wunsch von Ministerpräsident Modrow, eine „Regierung der Nationalen Verantwortung“ zu bilden.⁵⁶ Die am Zentralen Runden Tisch vertretenen Oppositionsgruppen entsandten ab 5. Februar 1990 acht Vertreter in Modrows Kabinett, wo sie als Minister ohne Geschäftsbereich Sitz und Stimme im Ministerrat erhielten.⁵⁷ Diese Entscheidung war nicht unumstritten, bedeutete doch die Einbindung der Opposition in die Regierungsarbeit eine Aufwertung des Modrow-Kabinetts. Die neuen Minister repräsentierten eine Politik, die sie weder zu verantworten hatten, noch beeinflussen konnten.⁵⁸

Im Ergebnis ist es dem Zentralen Runden Tisch gelungen, den Demokratisierungsprozess voranzutreiben und unumkehrbar zu machen sowie die repressiven Strukturen des SED-Staates zu zerschlagen. Zudem hat er die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Ostdeutschen erstmals nach knapp sechs Jahrzehnten und zwei Diktaturen an freien demokratischen Wahlen teilnehmen können.

8. Die erste freie Volkskammerwahl: Entscheidung für die deutsche Einheit

Der Ruf nach freien Wahlen war eine der Hauptforderungen der friedlichen Revolution in der DDR. Diese Forderung fand Eingang in die „Gemeinsame Erklärung“ der oppositionellen Gruppen vom 4. Oktober 1989 und sie erschallte bei der Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 durch die Leipziger Innenstadt.

Nach dem Fall der Mauer am 9. November differenzierte sich das Spektrum der politischen Meinungen und Ziele auf den Demonstrationen. Forderungen nach freien Wahlen und Demokratie, nach Abdankung der SED und Auflösung der Staatssicherheit gehörten zwar weiterhin zum Standardrepertoire der Kundgebungen. Aber neben die identitätsstiftende Losung „Wir sind das

56 Thaysen spricht hier von „einer Art ‚kategorischem Imperativ‘ des Mitmachens“. „Der ‚Nötigung‘, um der Gewaltfreiheit und der Existenzsicherung willen Mitverantwortung und also auch Mithaftung zu übernehmen, waren alle, war jeder leicht auszusetzen. Die situationsbedingte Variante dieser Nötigung lautete jetzt: Entweder vorgezogene Wahlen, oder wir erleben überhaupt keine Wahlen; entweder wir gehen alle in die Regierung, oder wir gehen gemeinsam unter!“ Siehe: Thaysen (1990), Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? S. 93.

57 Siehe: Weil (2014), Die Runden Tische in der DDR 1989/90, S. 59f.

58 Am 13./14. Februar 1990 weilte Ministerpräsident Modrow mit seinem Kabinett in Bonn, wo er – auch legitimiert vom Zentralen Runden Tisch – um eine Solidarhilfe von 10-15 Milliarden DM bat. Bundeskanzler Kohl lehnte diese Forderung ab, um nicht den Wahlkampf von Hans Modrow und der SED-PDS zu unterstützen. Siehe: Kowalczyk (2009), Endspiel, S. 523ff.; Thaysen (1990), Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb des Volk? S. 139f.

Volk!“ aus der Frühphase der Friedlichen Revolution trat nun immer häufiger die auf eine baldige Vereinigung zielende Losung „Wir sind ein Volk!“.⁵⁹ Während viele Initiatoren der Protestbewegung aus den Kirchen-, Friedens- und Umweltgruppen für eine „bessere“, eine demokratische, gleichwohl aber eigenständige und souveräne DDR eintraten, strebte die Bevölkerungsmehrheit eine baldige Wiedervereinigung Deutschlands an.⁶⁰ Viele hofften, dass sich auf diesem Wege die eigenen Lebensverhältnisse am schnellsten verbessern ließen. Und die politischen Signale aus Bonn bestärkten sie in dieser Hoffnung.

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte am 28. November 1989 in seiner Haushaltsrede vor dem Deutschen Bundestag einen Zehn-Punkte-Plan vorgestellt, der einen ersten gangbaren Weg zur Wiedervereinigung aufzeigte. Er sah unter anderem die Entwicklung „konföderativer Strukturen mit dem Ziel, eine Föderation, d.h. eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen“, sowie die Einbettung der innerdeutschen Beziehungen „in den gesamteuropäischen Prozess und in die West-Ost-Beziehungen“ vor.⁶¹

Zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 waren 24 Parteien und Bündnisse zugelassen. Der Wahlkampf kreiste vor allem um die Frage, wie und in welchem Zeitraum die deutsche Einheit gestaltet werden könnte.

Dass den allermeisten DDR-Bürgern die Wahrnehmung ihres hart erkämpften Wahlrechts ein inneres Bedürfnis war, belegte die hohe Wahlbeteiligung von 93,4 Prozent. Klarer Wahlsieger wurde mit 48 Prozent die „Allianz für Deutschland“, ein Bündnis aus der früheren Blockpartei CDU (Ost), dem Demokratischen Aufbruch (DA) und der Deutschen Sozialen Union (DSU). Die „Allianz“ hatte sich klar für die deutsche Einheit ausgesprochen – und zwar „so schnell wie möglich“⁶². Die neugegründete SPD erhielt 21,9 Prozent der Stimmen⁶³, die SED-PDS 16,4 Pro-

59 Ein Flugblatt mit dieser Losung wurde am 9. Oktober 1989 in Leipzig verteilt, verfasst hatten es drei Bürgerrechtsgruppen. Die Losung diente an diesem Tag als Appell für Gewaltlosigkeit und richtete sich an die Sicherheitskräfte ebenso wie an die 70.000 Demonstranten. „Sie alle waren an diesem Tag ‚ein Volk‘, und nur wenn sich beide Seiten jeder Gewalt enthielten, war ein Blutvergießen zu verhindern“, schreibt Bernd Lindner. Am 11. November druckte die Bild-Zeitung in großen Lettern diese Losung, später spielte sie im Wahlkampf der CDU eine wichtige Rolle. Siehe: Lindner (2014), Begriffsgeschichte der Friedlichen Revolution. Eine Spurensuche, in Aus Politik und Zeitgeschichte, 64. Jahrgang, 24-26/2014, 10. Juni 2014, S. 33-39, Link: <http://www.bpb.de/apuz/185602/begriffsgeschichte-der-friedlichen-revolution-eine-spurensuche?p=all> (Stand: 3. November 2014).

60 Dass die Bevölkerungsmehrheit für eine rasche Wiedervereinigung plädierte, belegte das Ergebnis der Volkskammerwahl vom 18. März 1990.

61 Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 28. November 1989. Link: http://www.kas.de/upload/dokumente/2008/6020/zehn_punkte.pdf (Stand: 31. Oktober 2014).

62 Die „Allianz für Deutschland“ plädierte für einen schnellen Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des bundesdeutschen Grundgesetzes nach Artikel 23 Grundgesetz.

63 Die neu gegründete SPD, die im Vorfeld der Wahlen als Favorit galt, hatte sich im Wahlkampf für eine föderativ geprägte Einheit in europäischem Rahmen ausgesprochen. Die Vereinigung sollte nach Artikel 146 Grundgesetz erfolgen, der eine neue Verfassung und die Zustimmung des deutschen Volkes voraussetzte.

zent, die Liberalen 5,3 Prozent. Die im Bündnis 90 zusammengesetzten Bürgerrechtsgruppen (Neues Forum, Demokratie Jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte) erhielten lediglich 2,9 Prozent der Stimmen, was für viele ihrer Mitstreiter eine schmerzhaft Erfahrung war.⁶⁴

Das Ergebnis der ersten und zugleich letzten freien Volkskammerwahl war ein klares Votum für die möglichst rasche Wiederherstellung der deutschen Einheit und die zügige Einführung der sozialen Marktwirtschaft.

Die Wahl zur 10. Volkskammer markierte im Kalender der Friedlichen Revolution eine Zäsur: Sie beendete die revolutionäre Phase und eröffnete die parlamentarische. Aus im kirchlichen Raum agierenden Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen waren Parteien geworden. Und nicht wenige Bürgerrechtler saßen plötzlich im Parlament oder arbeiteten als Staatssekretäre oder Minister. Die Abgeordneten sahen sich einer Fülle von Problemen gegenüber: Sie mussten ein parlamentarisches Regierungssystem in Gang setzen und Handlungsfähigkeit gewinnen in einem Land, dessen Wirtschaft zusammenbrach und dessen Bevölkerung auszubluten drohte.

Die Volkskammer hatte nur wenige Monate Zeit, um mit der Bundesregierung über eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, die Rechtsangleichung, den Einigungsvertrag usw. zu verhandeln. Im Juni 1990 setzte sie einen Sonderausschuss für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes ein und verabschiedete im August 1990 ein Stasiunterlagengesetz, das Bestandteil des Einigungsvertrages werden sollte. Die bundesdeutsche Seite hatte zunächst andere Vorstellungen. Daraufhin besetzten Bürgerrechtler am 4. September die ehemalige Stasizentrale in Berlin und forderten, den Einigungsvertrag zu ändern. In einer protokollarischen Zusatzklausel wurde der Volkskammer schließlich zugesichert, dass der Bundestag ein entsprechendes Gesetz verabschieden würde.

Das Stasiunterlagengesetz zählt zu den originären Errungenschaften der Friedlichen Revolution. Erstmals in der Geschichte stellte ein Parlament die Interessen der Opfer über die Persönlichkeitsrechte der Täter und ermöglichte neue Wege der demokratischen und rechtsstaatlichen Aufarbeitung einer Diktatur. Dieses Gesetz und die Erfahrungen der Behörde bei der Aufarbeitung einer Diktatur werden heute weltweit geschätzt.⁶⁵

64 Wahlkommission der DDR: Ergebnis der Wahlen zur 10. Volkskammer am 18. März 1990, Link: http://www.bpb.de/themen/01MOVB.0.0.18_M%E4rz_1990%3A_Erste_freie_Volkskammerwahl.html (Stand: 5. November 2014).

65 Zwischen 1992 und 1998 beschäftigten sich zwei Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages mit der Geschichte der SED-Diktatur sowie ihren Folgen für die deutsche Einheit. Auf Empfehlung der zweiten Kommission beschloss der Bundestag die Errichtung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Im Herbst 1998 nahm die Stiftung ihre Arbeit auf. Siehe: Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ vom 31. Mai 1994, Drucksache 12/7820. Link: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/12/078/1207820.pdf> (Stand: 6. November 2014) sowie Errichtungsgesetz der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vom 2. April 1998. Link: <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/errichtungsgesetz-1081.html> (Stand: 6. November 2014).

Die Volkskammer war nicht „nur eines der fleißigsten, sondern auch eines der wirkungsmächtigsten Parlamente in der deutschen Demokratie- und Parlamentarismusgeschichte“, so Bundestagspräsident Norbert Lammert anlässlich einer Feierstunde im Deutschen Bundestag.⁶⁶ Was die Volkskammer beschloss und was beide Staaten an Verträgen aushandelten, hatte nicht nur enorme Auswirkungen auf die Bundesrepublik, sondern auch auf die Dynamik europäischer Entwicklungen.⁶⁷

Zugleich hatte die Volkskammer den Auftrag, sich möglichst bald überflüssig zu machen, sich selbst und zugleich ihren Staat abzuschaffen – und das zu akzeptablen Bedingungen. Aus Sicht des damaligen Abgeordneten und späteren Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse war die 10. Volkskammer „eben mehr als nur ein Übergangsparlament, mehr als ein Lückenfüller zwischen Diktatur und Demokratie. Ihr ist es gelungen, in das vereinte Deutschland eine auf die friedliche Revolution der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger begründete Demokratie mit eingebracht zu haben. Das ist eine große, eine historische Leistung.“⁶⁸

Die Friedliche Revolution in der DDR hatte nicht nur die deutsche Einheit zur Folge, sondern sie veränderte auch den europäischen Kontinent. Diese „epochale Bedeutung“ überstieg die Phantasie der revolutionären Akteure des Herbstes 1989. Die Wiedervereinigung brachte das Ende des Vier-Mächte-Regimes und die Wiedererlangung der Souveränität für Gesamtdeutschland.

Der 3. Oktober 1990, der Tag der deutschen Einheit, setzte den Schlusspunkt unter die Friedliche Revolution. Bundespräsident Richard von Weizsäcker erinnerte daran, dass die Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung vollendet werde, so wie es das Grundgesetz beschrieben habe. In seiner Festrede beim Staatsakt würdigte er die Selbstbefreiung der Ostdeutschen: „Wir sind das Volk!“, mit diesen vier einfachen und großen Worten wurde ein ganzes System erschüttert und zu Fall gebracht. In diesen Worten verkörperte sich der Wille der Menschen, das Gemeinwesen, die res publica, selbst in die Hand zu nehmen. So wurde die Friedliche Revolution in Deutschland wahrhaft republikanisch. Dass sie nach beinahe sechzig Jahren bitterer Unterdrückung erfolgte, macht sie nur um so erstaunlicher und glaubwürdiger. Demokraten hatten sich zusammengefunden, mit dem Ziel der Freiheit und der Solidarität, beides in einem ein Auftrag für uns alle.“⁶⁹

66 Lammert (2010), Rede des Bundestagspräsidenten anlässlich des 20. Jahrestages der freien Volkskammerwahlen vom 18. März 1990, gehalten am 18. März 2010 im Deutschen Bundestag. Link: <https://www.bundestag.de/bundestag/praesidium/reden/2010/02/248272> (Stand: 31. Oktober 2014).

67 Die Unterzeichnung des Einigungsvertrages erfolgte am 31. August 1991. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag wurde am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet.

68 Thierse (2005): Rede zum 15. Jahrestag der Volkskammerwahl, 18. März 2005. Link: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/15/15167.pdf>, S. 5-8 (Stand: Oktober 2014).

69 Weizsäcker (1990), Ansprache des Bundespräsidenten beim Staatsakt zum „Tag der deutschen Einheit“ am 3. Oktober 1990, http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1990/10/19901003_Rede.html (Stand: 31. Oktober 2014).

9. Literaturverzeichnis

(Das Verzeichnis führt nur die im Infobrief zitierte Literatur auf.)

Ahbe, Thomas (2014), Und wenn sie auf uns schießen?, in DIE ZEIT, 42/2014, vom 9. Oktober 2014, S. 7. Link: <http://www.zeit.de/2014/42/montagsdemo-leipzig-ddr> (Stand: 28. Oktober 2014).

Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ vom 31. Mai 1994, Drucksache 12/7820. Link: <http://dipbt.bundes-tag.de/dip21/btd/12/078/1207820.pdf> (Stand: 6. November 2014).

Bingen, Dieter (2009), Polen als Vorreiter des Umbruchs. Link: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutsch-polnische-beziehungen/39757/polen-als-vorreiter-des-umbruchs?p=1> (Stand: 5. November 2014).

Brandt, Willy (1989), Rede vor dem Rathaus Schöneberg in Berlin am 10. November 1989. Link: http://www.willy-brandt.org/fileadmin/brandt/Downloads/Rede_Willy_Brandt_Rathaus_Schoeneberg_1989.pdf (Stand: 28. Oktober 2014).

Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (Hrsg.), „Leipzig“. Link: www.jugendopposition.de/index.php?id=214 (Stand: 23. Oktober 2014).

Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (Hrsg.), „Republikflucht“. Link: www.jugendopposition.de/index.php?id=4798 (Stand: 21. Oktober 2014).

Chorgesang im Bundestag am 9. November 1989. Link: http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/kw45_mauerfall/337756 (Stand: 6.11.2014).

Errichtungsgesetz der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vom 2. April 1998. Link: <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/errichtungsgesetz-1081.html> (Stand: 6. November 2014).

Fahnenschmidt, Willi (2000), DDR-Funktionäre vor Gericht. Die Strafverfahren wegen Amtsmissbrauch und Korruption im letzten Jahr der DDR und nach der Vereinigung. Berlin: Verlag Arno Spitz.

Gehler, Michael (2009), Die Umstürzbewegungen 1989 in Mittel- und Osteuropa, <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43728/die-umstuerzbewegungen-1989?p=all> (Stand: 5. November 2014).

Gemeinsame Erklärung der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, des Demokratischen Aufbruchs, der Gruppe Demokratischer Sozialistinnen, der Initiative Frieden und Menschenrechte, der Initiativgruppe Sozialdemokratische Partei in der DDR, des Neuen Forums, sowie Vertretern von Friedenskreisen vom 4. Oktober 1989, abgedruckt in: Lindner, Bernd (2010), S. 78.

Hertle, Hans-Hermann (1995), Der 9. November 1989 in Berlin, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission, Bd. VII/1: Widerstand, Opposition, Revolution, Frankfurt: Nomos Verlagsgesellschaft.

Honecker, Erich (1989), Sich selbst aus der Gesellschaft ausgegrenzt, in: Neues Deutschland vom 2. Oktober 1989, abgedruckt in: Judt, Matthias (Hrsg.), DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin: Christoph Links Verlag.

Initiative Frieden und Menschenrechte, Aufruf vom 18. März 1989. Link: <http://www.ddr89.de/ddr89/ifm/IFM22.html> (Stand: 20. Oktober 2014).

Kohl, Helmut (1989), Erklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag am 28. November 1989. Link: http://www.kas.de/upload/dokumente/2008/6020/zehn_punkte.pdf (Stand: 31. Oktober 2014).

Kohl, Helmut (1989), Rede vor dem Rathaus Schöneberg in Berlin am 10. November 1989. Link: http://www.2plus4.de/chronik.php3?date_value=10.11.89&sort=000-003 (Stand: 31. Oktober 2014).

Kowalczuk, Ilko-Sascha (2009), Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München: Verlag C. H. Beck.

Lammert, Norbert (2010), Rede des Bundestagspräsidenten anlässlich des 20. Jahrestages der freien Volkskammerwahlen vom 18. März 1990, gehalten am 18. März 2010 im Deutschen Bundestag. Link: <https://www.bundestag.de/bundestag/praesidium/reden/2010/02/248272> (Stand: 31. Oktober 2014).

Lindner, Bernd (2014), Begriffsgeschichte der Friedlichen Revolution. Eine Spurensuche, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 64. Jahrgang, 24-26/2014, S. 33-39. Link: <http://www.bpb.de/apuz/185602/begriffsgeschichte-der-friedlichen-revolution-eine-spurensuche?p=all> (Stand: 3. November 2014).

Lindner, Bernd (2010), Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Loest, Erich (1995), Nikolaikirche, Leipzig: Linden-Verlag.

Lutz, Günter (1989), Leserbriefs des Kommandeurs einer Kampfgruppeneinheit vom 6. Oktober 1989, abgedruckt in Lindner (2010).

Maizière, Lothar de (2014), Interview mit dem Deutschlandfunk am 2. November 2014. Link: http://www.deutschlandfunk.de/lothar-de-maiziere-die-mauer-ist-wegdemonstriert-worden.868.de.html?dram:article_id=302025 (Stand: 5. November 2014).

Neubert, Erhard (1999), Die Opposition im Jahre 1989 – ein Überblick, in: Kuhrt, Eberhard in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig (Hrsg.), Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen: Leske und Buderich.

Neubert, Erhardt (1997), Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin: Christoph Links Verlag.

Niemetz, Daniel (2014), Einen neuen „17. Juni“ verhindern. Volkspolizei-Bereitschaften und „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ im Herbst 1989, in: Rüdiger Wenzke (Hrsg.): „Damit hatten wir die Initiative verloren“ Zur Rolle der bewaffneten Kräfte in der DDR 1989/90, Berlin: Christoph Links Verlag.

Ritter, Jürgen, Lapp, Peter Joachim (1997): Die Grenze. Ein deutsches Bauwerk, Berlin: Christoph Links Verlag.

Rother, Bernd (o.J.): „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ – Oder: Warum Historiker Rundfunkarchive nutzen sollten. Link: http://www.willy-brandt.org/fileadmin/brandt/Downloads/Beitrag_Rother_Jetzt_waechst_zusammen.pdf (Stand: 21. Oktober 2014).

Satjukov, Silke (2008): Der düstere Feind, Zeit Online. Link: <http://www.zeit.de/2008/16/A-Besatzer> (Stand: 3. November 2014).

Sator, Klaus (2014), Die Kommunalwahlen in der DDR vom 7. Mai 1989, „Aktueller Begriff“ der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, Nr. 11/14 vom 5. Mai 2014. Link: https://www.bundestag.de/blob/276668/39aa97d8f3abe4e472ca39123e9cc0d6/die_kommunalwahlen_in_der_ddr_vom_7_mai_1989-data.pdf (Stand: 31. Oktober 2014).

Schneider, Wolfgang; Lindner, Bernd (1990), Leipziger Demontagebuch: Demo – Montag – Tagebuch, Leipzig, Weimar: Gustav Kiepenheuer Verlag.

Schwabe, Uwe (1998), „Symbol der Befreiung“. Die Friedensgebete in Leipzig. Link: <http://www.archiv-buergerbewegung.de/images/stories/pdf/fg-schwabe.pdf> (Stand: 23. Oktober 2014).

Sindermann, Horst (1990), Wir sind keine Helden gewesen, Interview mit dem Spiegel, 7. Mai 1990. Link: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13498194.html> (Stand: 29. Oktober 2014).

Süß, Walter (2011), Zentraler Runder Tisch und alte Parteien, in: Gutzeit, Martin; Heidemeyer, Helge; Tüffers, Bettina (Hrsg.): Opposition und SED in der Friedlichen Revolution. Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Gruppen 1989/1990, Düsseldorf: Droste Verlag.

Thaysen, Uwe (1990), Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Thierse, Wolfgang (2005), Rede zum 15. Jahrestag der Volkskammerwahl gehalten im Deutschen Bundestag am 18. März 2005. Link: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/15/15167.pdf>, S. 5-8 (Stand: 31. Oktober 2014).

Thierse, Wolfgang (2005), Rede am 9. Oktober 2005 in der Nikolaikirche Leipzig. Link: <http://www.thierse.de/reden-und-texte/reden/rede-leipziger-nikolaikirche-2004/> (Stand: 31. Oktober 2014).

Wahlkommission der DDR: Ergebnis der Wahlen zur 10. Volkskammer am 18. März 1990. Link: http://www.bpb.de/themen/01MOVVB,0,0,18_M%E4rz_1990%3A_Erste_freie_Volkskammerwahl.html (Stand: 5. November 2014).

Weege, Wilhelm (2009, 2014), Vor zwanzig Jahren: Der Fall der Mauer am 9. November 1989, „Aktueller Begriff“ der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, Nr. 91/09 vom 6. November 2009, aktualisierte Fassung vom 9. Oktober 2014.

Weil, Francesca (2014), Die Runden Tische in der DDR 1989/90, Berlin: Bundesstiftung Aufarbeitung.

Weil, Francesca (2011), Verhandelte Demokratisierung. Die Runden Tische der Bezirke 1989/90 in der DDR, Göttingen: V&R unipress.

Weis, Natalie (2014), Die Öffnung des Eisernen Vorhangs in Ungarn, „Aktueller Begriff“ der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, Nr. 20/14 vom 24. Juni 2014. Link: <https://www.bundestag.de/blob/284868/654febe89239fbc8a266bc1202acad84/die-oeffnung-des-eisernen-vorhangs-in-ungarn-vor-25-jahren-data.pdf> (Stand: 31. Oktober 2014).

Weizsäcker, Richard von (1990), Ansprache des Bundespräsidenten beim Staatsakt zum „Tag der deutschen Einheit“ am 3. Oktober 1990. Link: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1990/10/19901003_Rede.html (Stand: 31. Oktober 2014).

Wolle, Stefan (1998), Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Berlin: Christoph Link Verlag.